

Herrn Stadtverordneten
Lutz Hiestermann
über
das Büro der
Stadtverordnetenversammlung

Berliner Platz 1
35390 Gießen

■ Auskunft erteilt: Frau Weigel-Greilich
Telefon: 0641 306-1016
Telefax: 0641 306-2015
E-Mail: gerda.weigel-greilich@giessen.de

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom
27.03.2023

Unser Zeichen
IV-Wei./si.-ANF/1425/2023

Datum
08. Mai 2023

**Anfrage gemäß § 28 GO des Stv. Hiestermann zu Untersuchungen auf PFAS
– ANF/1425/2023**

Sehr geehrter Herr Hiestermann,

Ihre Fragen zum Hintergrund: "Derzeit wird u. a. in der Presse über die Belastung von Böden und Gewässern mit perfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) in Deutschland berichtet (siehe u. a. Süddeutsche Zeitung vom 24.02.2023). Einige dieser PFAS sind persistente cancerogene Verbindungen, die in der Umwelt so gut wie nicht abgebaut werden.

In einem 2019 veröffentlichten Bericht des Nordic Councils of Ministers werden die durch diese Chemikalien verursachten gesundheitsbezogenen Kosten alleine für den Europäischen Wirtschaftsraum auf 52 bis 84 Milliarden Euro geschätzt.

In den u. a. von der SZ veröffentlichten Informationen werden auch Standorte in der näheren und etwas weiteren Umgebung von Gießen benannt, so z. B. Dorlar mit einer PFAS-Belastung im Boden sowie Krofdorf und Brandoberndorf mit gemessenen Belastungen im Trinkwasser" werden wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Wurde in Gießen bisher eine mögliche Belastung mit PFAS in Böden bzw. im Ab- oder Trinkwasser oder in der Luft gemessen?

Wenn ja:

- In welchen Medien wurde gemessen (Boden, Abwasser bzw. Trinkwasser, Luft)?
- An welchen Standorten wurde gemessen?
- Wann erfolgten die letzten Messungen?
- Welche Ergebnisse liegen zu einer möglichen PFAS-Belastung vor?

Wenn nein:

- e. Plant der Magistrat, die o. g Medien zukünftig auch auf PFAS hin untersuchen zu lassen?
- i. Wenn ja, wann soll mit entsprechenden Messungen begonnen werden?

Antwort:

PFAS - Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen - sind wasser-, fett- und schmutzabweisend sowie chemisch und thermisch stabil (das bedeutet, nicht abbaubar). Aufgrund dieser Eigenschaften werden bzw. wurden sie in zahlreichen Verbraucherprodukten wie Kosmetika, Kochgeschirr (z. B. Teflonpfanne), Papierbeschichtungen (z. B. Pizzakartons), Textilien (z. B. imprägnierte Allwetterkleidung) oder Ski-Wachsen verarbeitet. Außerdem werden/wurden PFAS zur Oberflächenbehandlung von Metallen und Kunststoffen, in Pflanzenschutzmitteln oder Feuerlöschmitteln verwendet.

Die Stoffgruppe umfasst eine Vielzahl von Einzelstoffen, von denen zumindest einige als gesundheitsschädlich einzustufen sind. Dadurch, dass diese Stoffe bei der üblichen Müllverbrennung nicht vernichtet werden, lagern sie sich auch im Erdreich ab. Hohe Belastungen von PFAS im Boden findet man meist bei Industriestandorten, die PFAS, zum Beispiel als Vorprodukte für Teflon, herstellen.

Auf Nachfrage beim Regierungspräsidium Gießen und dem Landkreis Gießen hinsichtlich Belastungen der Umweltmedien Boden, Wasser und Luft auf PFAS im Stadtgebiet Gießen wurde mitgeteilt, dass bis dato noch keine Untersuchungen auf PFAS durchgeführt wurden, da im Stadtgebiet Gießen keine Gewerbebetriebe bekannt sind, die diese Stoffe in der Produktion einsetzen. Es ist jedoch zukünftig geplant, auch diese Stoffe in ein entsprechendes Untersuchungsprogramm mitaufzunehmen, sobald ein Anfangsverdacht auf das Vorhandensein von PFAS vorliegt, so z. B. bei den ehem. Flugfeldbetankungsanlagen im AAFES-Areal.

Auf Nachfrage beim Hessischen Landesamt für Umwelt und Natur (HLNUG) wird auf die PFAS-Untersuchungsergebnisse im Rahmen eines Monitoringprogramms an Grundwassermessstellen im Landkreis Gießen verwiesen (diese Messstellen liegen allesamt außerhalb des Stadtgebietes Gießen). Informationen stehen über das Fachinformationssystem Grund- und Trinkwasserschutz Hessen (*GruSchu*, <https://gruschu.hessen.de>) der Öffentlichkeit zur Verfügung. Zudem berichtet das HLNUG in regelmäßigen Abständen zur Grundwasserbeschaffenheit (<https://www.hlnug.de/themen/wasser/berichte/grundwasser>).

Laut HLNUG weisen die vorliegenden Analyseergebnisse aufgrund ihrer temporären Unterschiede und ihrer sehr geringen Konzentrationen auf die inzwischen ubiquitäre Verbreitung von PFAS hin. Eine Gefährdung für das Trinkwasser und die Bevölkerung lasse sich aus den niedrigen gemessenen Konzentrationen nicht ableiten. Messdaten für den Boden der Stadt Gießen liegen dem HLNUG nicht vor.

Auf Nachfrage beim Amt für Brand- und Bevölkerungsschutz der Stadt Gießen wurde mitgeteilt, dass die Feuerwehr Gießen seit mehr als 15 Jahren nur noch synthetische Schaummittel ohne PFAS verwendet und auch vorher nie Löschschäume mit PFAS eingesetzt hat. Hier wurden ausschließlich Protein-Schaummittel verwendet, die aus tierischen

Ausgangsstoffen hergestellt wurden. Auch besteht bereits seit 2011 ein Verwendungsverbot für PFAS-haltige Schaummittel, so dass diese auch zukünftig keinen Einsatz finden.

Bezüglich Untersuchungen im Abwasser und im Klärschlamm wurde die Betriebsleitung des Klärwerks Gießen befragt.

Demnach werden im Abwasser keine Analysen hinsichtlich der Stoffgruppe der Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) durchgeführt.

Im Klärschlamm wird der Summen-Parameter Perfluorierte Tenside (PFT) analysiert. Dieser Summenparameter umfasst die beiden am häufigsten vorkommenden Stoffe Perfluorooctansäure (PFOA) und Perfluorooctansulfonsäure (PFOS). Die Analysen zeigen keine Überschreitung des durch die Düngemittelverordnung (DüMV) vorgegebenen Grenzwertes für die bodenbezogene Verwertung des Klärschlammes.

Seit dem Jahr 2020 wird der von der Kläranlage Gießen stammende Klärschlamm nicht mehr in die landwirtschaftliche Verwertung gegeben, sondern in die thermische Verwertung verbracht.

Die Überwachung der Böden wird nach § 4 AbfKlärV (Bodenbezogene Untersuchungspflicht) sichergestellt. Die notwendigen Analysen der damaligen Ausbringungsflächen (bis 2019) wurden durch die im Vergabeverfahren ermittelten, zertifizierten Verwertungsunternehmen veranlasst und die Ergebnisse der zuständigen Behörde übermittelt.

Bezüglich der Beprobung des Trinkwassers im Versorgungsgebiet Gießen wurden die Stadtwerke Gießen und der Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke um Beantwortung gebeten. Die Stadtwerke Gießen haben im Jahr 2022 an einem Sondermessprogramm des HLPUG (Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt im Gesundheitswesen) zur Untersuchung von PFAS im Trinkwasser teilgenommen. Hier wurden zur landesweiten Abschätzung zunächst alle Wasserversorgungsgebiete mit einer Abgabe >1.000 m³/d untersucht.

Noch im Jahr 2023 soll eine neue Trinkwasserverordnung verabschiedet werden, bei der auch der PFAS-Grenzwert strenger definiert ist. Durch die nationale Umsetzung der EU-Trinkwasserrichtlinie werden mit Inkrafttreten der neugefassten TrinkwV Grenzwerte für PFAS im Trinkwasser festgelegt, die einen Summenparameterwert für PFAS-20 in Höhe von 0,10 µg/l vorsehen (hierbei werden 20 definierte Einzelverbindungen, die gemäß EU-Trinkwasserrichtlinie den Summenwert PFAS-20 bilden, analysiert).

Die bei den Stadtwerken Gießen am 10.05.22 genommene Netzprobe (Verwaltungsgebäude SWG) für das Gewinnungsgebiet Queckborn hatte einen Messwert von < 0,03 µg/l, d.h. die Stoffgruppen waren in den durchgeführten Analysen nicht nachweisbar.

Im gleichen Programm wurde auch in Krofdorf-Gleiberg eine Probe entnommen, ebenfalls mit einem Ergebnis von < 0,03 µg/l. Wettenberg erhält hier Wasser vom ZMW, das Ergebnis gilt also auch für die vom ZMW versorgten Netzbereiche in Gießen.

Daher kann nach Auskunft der Stadtwerke Gießen die Passage aus der Anfrage zu einer gemessenen Belastung im Trinkwasser Krofdorf nicht bestätigt werden.

In dem Projekt des HLPUG wurde das Trinkwasser von 63% der Bevölkerung in Hessen (mit Stand 01.11.2022), die von großen Wasserversorgungsgebieten versorgt werden, auf PFAS untersucht. Hierbei kam es zu keiner Überschreitung des zukünftig geltenden PFAS-20-

Grenzwertes. Der in der Diskussion befindliche mögliche Grenzwert von PFAS-4 von 0,020 µg/l (20 ng/l) wurde in 2 Wasserversorgungsgebieten überschritten (nicht im Versorgungsgebiet Gießen). Nach dem vorliegenden Referentenentwurf der TrinkwV wäre dieser Grenzwert ab dem Jahr 2028 im Trinkwasser einzuhalten. Ob und inwieweit dieser zusätzliche Grenzwert in der TrinkwV tatsächlich umgesetzt wird, ist aktuell noch Gegenstand laufender Diskussionen. Diesbezüglich bleibt der Erlass der novellierten TrinkwV abzuwarten.

Informationen, Hinweise o. ä. über Luftmessungen auf PFAS liegen dem Umweltamt nicht vor. Welche Mengen an PFAS in der Atmosphäre vorhanden sind, ist nach Auskunft des Bundesumweltamtes bisher auch kaum untersucht. Sobald ein Anfangsverdacht bestehen sollte, dass eine PFAS-Belastung in den Umweltmedien Boden, Wasser und Luft vorliegen könnte, werden entsprechende Messungen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden Landkreis Gießen, Regierungspräsidium Gießen etc. durchgeführt.

Frage 2:

Hat der Magistrat Kenntnis darüber, ob die Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH im Rahmen eines Forschungsprojektes Untersuchungen durchführt, ob und wieviel PFAS im Blut von Patienten vorhanden ist?

Falls der Magistrat Kenntnis hat, dass solche Untersuchungen durchgeführt werden:

- a. Gibt es öffentlich verfügbare Informationen über die Ergebnisse dieser Untersuchungen?
- b. Wenn ja, wo sind diese Informationen abrufbar?

Falls der Magistrat keine Kenntnis hat, ob solche Untersuchungen durchgeführt werden:

- c. Wird sich der Magistrat mit dem UKGM in Verbindung setzen, um den Sachverhalt zu klären?

Antwort:

Zu dieser Frage wurde am 19.04.2023 eine schriftliche Anfrage an das Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH UKGM gestellt.

Der Fachbereich Medizin der Philipps Universität Marburg plant nach Auskunft der Dekanin Frau Prof. Dr. Hilfiger-Kleiner zwei Projekte bezüglich einer PFAS-Belastung im Blut von Menschen. Diese Projekte beziehen sich allgemein auf Umwelttoxine, bei denen auch zusätzlich PFAS mituntersucht werden sollen. Die Projekte befinden sich beide nicht im Stadtgebiet von Gießen. Untersuchungsergebnisse hierzu liegen noch nicht vor, die Projekte sind noch in der Planungsphase.

Von Seiten des Fachbereichs Medizin und des UKGM, Standort Gießen, waren das Institut für Arbeits- und Sozialmedizin und das Institut für Hygiene- und Umweltmedizin in Gießen zu unserer Fragestellung beteiligt worden.

Aus den Rückmeldungen ergibt sich, dass seitens des Hygieneinstitutes keine PFAS-Untersuchungen von Proben aus der Umwelt/dem Trinkwasser vorgenommen werden und auch keine diesbezüglichen Blutuntersuchungen von Patienten.

Forschungen dazu finden am Institut ebenfalls nicht statt. Auch wird vom Institut für Arbeits- und Sozialmedizin die Fragestellung arbeitsmedizinisch nicht bearbeitet.

Mit freundlichen Grüßen



Gerda Weigel-Greilich
Stadträtin

<p><u>Verteiler:</u> Magistrat Fraktion Bündnis 90/Die Grünen CDU-Fraktion SPD-Fraktion Fraktion Gießener LINKE Fraktion Gigg+Volt FDP-Fraktion AfD-Fraktion FW-Fraktion</p>
